

---

## 4751/J XXV. GP

---

Eingelangt am 27.04.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

# Anfrage

des Abgeordneten Mag. Philipp Schrangl  
und anderer Abgeordneter

an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Justizanstalt Linz, Strafversetzung eines Beamten

*Justizbeamter unter Verdacht des Amtsmissbrauchs Strafversetzt 14.04.2015, 06:00  
(krone.at)*

*Anzeige wegen Amtsmissbrauchs bei Staatsanwaltschaft und Disziplinarkommission,  
Strafversetzung! Ein Linzer Justizwachebeamter soll Ordnungsstrafen gegen Häft-  
Insassen liegen gelassen, abgenommene Handys und Drogen nicht an die Polizei  
übergeben haben. Er ist größtenteils geständig, arbeitet nun in Asten.*

*Die Liste der Vorwürfe gegen den Bezirksinspektor bei der Justizwache in der  
Justizanstalt Linz ist lang: So soll der Beamte, der für die Ordnungsstrafen im  
Strafvollzug zuständig war, bereits vor fünf Jahren negativ aufgefallen sein. Damals  
soll die Innenrevision aufgedeckt haben, dass er mit einer Vielzahl von Verfahren -  
angeblich waren es sogar hunderte - im Rückstand war. Doch die Gefängnisleitung  
beließ ihn auf dem Posten.*

*Anzeige wegen Amtsmissbrauch*

*Im heurigen Februar wurde der Justizwachebeamte bei der Staatsanwaltschaft  
wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs angezeigt. Er soll Dutzende Verfahren  
liegen gelassen, Dutzende abgenommene Handys nicht weitergegeben und sogar  
Drogen nicht an die Polizei übergeben haben. Laut Christian Timm, dem Vize-Leiter  
der Vollzugsdirektion, ist der Beschuldigte geständig. Er gab an, überlastet gewesen  
zu sein...*

*Beamter wurde strafversetzt*

*Der Bezirksinspektor wurde vorerst nach Asten strafversetzt, soll nun aber nur noch  
einen halb so langen Dienstweg haben und sogar für die dreimonatige  
Dienstzuteilung 1500 Euro extra Lohn bekommen.*

In anderen Fällen, kam es während des laufenden Verfahrens, auf Anordnung des  
Justizministers, sofort zu einer Suspendierung. Dabei gab es kein  
Wiederholungsdelikt, sondern der einzige Unterschied war, dass die damals  
handelnde Person im Wahlkampf war.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz nachfolgende

**Anfrage:**

1. Gibt es seitens des Bundesministeriums für Justiz eine Richtlinie, wann und zu welchem Zeitpunkt, im Rahmen eines Disziplinarverfahrens, welche diszipliniäre Maßnahme anzuwenden ist?
2. Wenn ja, inwieweit ist diese einzusehen und daher transparent?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Nach welchen Kriterien wird von ihrer Seite die Maßnahme der Suspendierung angeordnet?
5. Kann es sein, dass auch im Falle von Wiederholungstaten ein Beamter nicht suspendiert, sondern auf seinem Posten belassen wird?
6. Wenn ja, wie ist so eine Vorgehensweise möglich und zu rechtfertigen?
7. Wenn nein, wie erklären sie sich dann den aktuellen Fall des Justizwachebeamten in Linz?
8. Gibt es im Rahmen des Disziplinarverfahrens irgendwelche Richtlinien, welche Sanktionen, für welche Vergehen verhängt werden können?
9. Wenn ja, wo sind diese einzusehen?
10. Wenn nein, warum nicht?
11. Ist es beabsichtigt, dass es im Falle einer Zwangsversetzung, auf Grund von Zulagen zu einer Gehaltserhöhung kommen kann?
12. Gibt es eine Möglichkeit, im Falle einer Zwangsversetzung auf die Auszahlung von Zulagen verzichten zu können?
13. Wenn nein, warum nicht?